

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



2.6.06

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di lehnt den vorliegenden Entwurf für eine Grundsatzprogramm von ver.di ab!

Ein Grundsatzprogramm muss sich unserer Meinung nach leiten lassen von folgenden Grundsätzen

## 1. Wir leben in einer Klassengesellschaft

Der Kapitalismus spaltet die Gesellschaft in Produktionsmittelbesitzer und Lohnabhängige

Zwischen der besitzenden und der lohnabhängigen Klasse gibt es einen unüberwindbaren Interessengegensatz

Der Kapitalismus befindet sich einer tiefen Krise. Diese Krise kann nur durch Überwindung des Kapitalismus und Aufbau einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überwunden werden, die sich an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt und nicht an der Profitproduktion orientiert.

## 2. Nein zu Neoliberalismus und Kapitalismus

Der Neoliberalismus ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Wegen der Beschränktheit der Märkte und der damit verbundenen Beschränkung für die Profitproduktion suchen die Kapitaleigentümer ihre Profite durch verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft, durch staatliche Umverteilung, durch Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung zu maximieren. Globalisierung ist die Internationalisierung des Neoliberalismus. Ver.di lehnt die neoliberale Globalisierung und ihre Institutionen (WTO, IWF, EU-Kommission) ab und verteidigt alle in der Vergangenheit erkämpften Standards und Rechte. Privatisierte Betriebe müssen wieder in Gemeineigentum rücküberführt werden. Banken und Konzerne müssen verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden. Der öffentliche Sektor muss durch ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, öffentlicher Verkehr, Bildung und Soziales ausgebaut werden. Jegliche Sozialkürzungen und Verschlechterungen bei den Renten und im Gesundheitswesen lehnt ver.di ab. Militarisierung, Aufrüstung und Kriege lehnen wir ab. Der Kampf gegen Angriffe auf die Rechte und Interessen der arbeitenden Bevölkerung wird konsequent, d.h. auch mit Einsatz des Mittels politischer Streik und Generalstreik geführt.

## 3. Für eine offensive Tarifpolitik

Die Reallöhne sinken immer weiter. Wegen Niedriglöhnen sind immer mehr Menschen trotz eines Arbeitsplatzes arm. Arbeitsbedingungen und Arbeitsintensität untergraben die Gesundheit. Mit dem Ziel Flexibilisierung verbinden die Arbeitgeber die jederzeitige zuschlagsfreie Verfügbarkeit über unsere Arbeitskraft. Während

Millionen erwerbslos sind, müssen Millionen Erwerbstätige immer länger arbeiten. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Die Tarifpolitik orientiert sich deshalb an folgenden Forderungen:

- Für einen Mindestlohn von brutto 2.000 Euro bzw. einem Stundenlohn von brutto 12 Euro pro Arbeitsstunde und automatische jährliche Erhöhung entsprechend der Inflationsrate
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Nein zu „leistungsabhängigen“ Lohnbestandteilen
- Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit im gesamten Bundesgebiet
- Für Lohnerhöhungen, die den Reichtum zugunsten der abhängig Beschäftigten verteilen und die Reallöhne erhöhen.
- Größtmögliche bereichs- und branchenübergreifende Einheit und Bündelung der Kampfkraft in Tarifauseinandersetzungen

#### **4. Gewerkschaften sind Kampforganisationen der Lohnabhängigen und keine Dienstleistungsbetriebe**

Gewerkschaften existieren auf Dauer nur als Kampforganisationen. Elementare Aufgabe der Gewerkschaften ist es die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen zu beseitigen. Dazu ist größtmögliche Einheit und größtmöglicher Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft notwendig. Co-Management auf betrieblicher Ebene und Bündnisse mit Regierungen führen zu immer größeren Rückschritten und Niederlagen und werden abgelehnt.

Als Kampforganisation der arbeitenden Bevölkerung setzt sich ver.di für die Einheit der arbeitenden Menschen ein. Sie bekämpft jede Form von rassistischer und sexistischer Diskriminierung. Der Standortpropaganda und dem internationalen Konkurrenzkampf setzen wir grenzüberschreitende Solidarität und internationale Gegenwehr entgegen.

Innergewerkschaftliche Demokratie und Basisstrukturen sind notwendig, um die Mitgliedschaft an Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen. Bei Tarifauseinandersetzungen müssen Forderungen und Kampfmaßnahmen demokratisch diskutiert und beschlossene Forderungen werden. Die Mitgliedschaft muss jederzeit wissen worüber verhandelt wird. Bei Urabstimmungen über die Annahme eines Tarifabschlusses sind 50% der abgegebenen Stimmen notwendig.

Gewerkschaftsfunktionäre müssen wählbar und jederzeit abwählbar sein. Die Einkommen von hauptamtlichen Funktionären muss auf das durchschnittliche Einkommen der Mitgliedschaft von ver.di beschränkt sein.

#### **5. Bruch mit der SPD und Aufbau einer neuen Partei der arbeitenden Bevölkerung**

Die SPD hat sich im Laufe ihrer Geschichte von einer Arbeiterpartei zu einer Unternehmerpartei entwickelt. Eine weitere Unterstützung und eine Zusammenarbeit mit der SPD wird deshalb abgelehnt. Auf allen Ebenen wird ein Bruch mit der SPD vollzogen. Eine neue politische Interessenvertretung, die sich konsequent für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzt und in klarer Opposition zu den etablierten Parteien steht, muss aufgebaut werden.